KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

29. April – 5. Mai 2023

Nach Angaben der Gewerkschaft CGT demonstrierten am 1. Mai 2,3 Millionen Menschen in Frankreich. Das Innenministerium zählte 782.000 Personen. Bei den Demonstrationen gegen die Rentenreform wurden 540 Personen festgenommen. Darüber hinaus wurden 406 Polizisten verletzt. Die Vereinten Nationen rügten Frankreich auf einer Sitzung des Menschenrechtsausschusses am 1. Mai wegen „übermäßiger Gewaltanwendung der Ordnungskräfte" bei Demonstrationen.

Der französische Verfassungsrat lehnte am 3. Mai einen zweiten Antrag auf ein Referendum im Rahmen der Rentenreform ab. Der Text aus dem linken Lager zielte darauf ab, eine Befragung zur Beibehaltung des Renteneintrittsalters von 62 Jahren zu organisieren. Am 14. April hatte die Linke in dieser Frage bereits zwei aufeinanderfolgende Niederlagen erlitten. Die Mitglieder des Verfassungsrates wiesen ihren ersten Antrag auf eine Volksabstimmung zurück und bestätigten den Kern der Rentenreform. Nach der Entscheidung des Verfassungsrates signalisierten die französischen Gewerkschaften, dass der Kampf gegen die Reform auf der Straße fortgeführt werden soll. Für den 6. Juni sind landesweite Proteste angekündigt. Die Proteste sollen auch den Gesetzesvorschlag der Fraktion Libertés, indépendants, outre-mer et territoires (LIOT – eine Sammlungsfraktion unabhängiger Abgeordneter) unterstützen. Der Gesetzesvorschlag sieht vor, ein gesetzliches Renteneintrittsalter von mehr als 62 Jahren zu verbieten, und wird am 8. Juni in der Nationalversammlung debattiert.

Die rechtspopulistische Partei Rassemblement National feierte den diesjährigen 1. Mai in Le Havre. Marine Le Pen sprach vor 1500 Parteimitgliedern im Rahmen des von RN so genannten „Festes der Nation". In ihrer Rede benannte die Abgeordnete aus Pas-de-Calais Staatspräsident Emmanuel Macron als Schuldigen der derzeitigen politischen und gesellschaftlichen Spannungen. Die Wahl von Le Havre für diese Veranstaltung ist auch eine strategische Entscheidung. Als Stadt des Bürgermeisters Edouard Phillipe (Horizons), ehemaliger Premierminister von Emmanuel Macron, ist Le Havre ein zentrales Ziel des Rassemblement National für die Kommunalwahlen.

Staatspräsident Emmanuel Macron stellte am 4. Mai bei einem Besuch in der Region Charente-Maritime die Reform des Berufschulsystems vor. Ab September werden die Schülerinnen und Schüler der sogenannten Lycées professionnels, die ein Praktikum absolvieren, vergütet. Die Höhe der Vergütung wird je nach Bildungsniveau des Schülers variieren: 50 Euro pro Woche im ersten Berufsschuljahr, 100 Euro im dritten Jahr. Berufschullehrer können ab dem nächsten Schuljahr bis zu 7 500 Euro brutto pro Jahr zusätzlich zu ihrem Gehalt verdienen, wenn sie kurzfristige Vertretungen, zwei Überstunden und Koordinierungsaufgaben übernehmen.

Ein von Renaissance-Abgeordneten eingebrachter Gesetzesvorschlag, der das Hissen der Europaflagge auf Rathäusern vorschreiben sollte, wurde 3. Mai im Ausschuss diskutiert und abgelehnt. Der Text scheiterte an der Abstimmung über Änderungsanträge zur Streichung seines einzigen Artikels, die von La France Insoumise und dem Rassemblement National eingebracht worden waren. Der Artikel wird dennoch am 9. Mai in der Nationalversammlung debattiert. Die französische Trikolore ist traditionell auf den Rathäusern gehisst, nur zum Europatag am 9. Mai ist auch die Europafahne zu sehen.

Die vom ehemaligen Präsidenten von Französisch-Polynesien, Oscar Temaru, angeführte Liste der Unabhängigkeitsbewegung gewann am 30. April die zweite Runde der Gebietswahlen. Mit 44,2% der Stimmen gegenüber 38,5% für die Liste des bisherigen Präsidenten Édouard Fritch, erhielten die Unabhängigkeitsbefürworter eine absolute Mehrheit von 38 der 57 Sitze in der Territorialversammlung, die es ihnen ermöglicht, die Gebietskörperschaft im Südpazifik fünf Jahre lang zu regieren. Der Sieg verschafft ihnen eine starke Verhandlungsposition gegenüber dem französischen Staat, um ein Unabhängigkeitsreferendum auszuhandeln.

Am 1. Mai kam es in der französischen Stadt Marseille zu mehreren Schlägereien zwischen Anhängern und Gegnern des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Die Ausschreitungen fanden vor einem Wahllokal statt, das für türkische Staatsbürger für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen geöffnet war. Die Polizei musste zweimal eingreifen, um die türkischen Wähler zu trennen, die zwei Wochen vor dem Wahlbeginn am 14. Mai in der Türkei zu den Urnen gerufen worden waren, so die Polizeipräfektur des Département Bouches-du-Rhône.

.

Zahlreiche Websites französischer Stadtverwaltungen wurden in den letzten Tagen Opfer eines Cyberangriffs mit pro-russischen Botschaften. Mindestens dreißig Städte in ganz Frankreich waren betroffen. Die Hacker führten einen sogenannten Defacement-Angriff durch: Sie drangen in die Website ein, um die Startseite zu ändern und hier zum Beispiel mit Krieg zu drohen, sollte Frankreich die Blockadehaltung gegenüber Russland aufrechterhalten.

Der ehemalige Premierminister François Fillon (Les Républicains) wurde vom Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung zu ausländischer Einmischung befragt. Der Ausschuss wurde auf Initiative der Fraktion Rassemblement National (RN) ins Leben gerufen. Nach seiner Zeit als französischer Regierungschef und nach seiner Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2017 arbeitete François Fillon als Berater für Unternehmen, die sich in Russland niederlassen wollten. Außerdem saß er ab Juni 2021 im Vorstand der staatlichen russischen Ölgesellschaft Zarubezhneft und ab Dezember 2021 im Vorstand des russischen Petrochemie-Riesen Sibur. Von diesen Positionen trat er kurz nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 zurück. Während seiner Anhörung sagte Fillon zunächst, dass Russland, wie andere Länder auch, versucht, sich in Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Aber diese Einmischungen „kommen die meiste Zeit von einem befreundeten und verbündeten Land, den Vereinigten Staaten. Ich wurde zusammen mit Präsident Sarkozy fünf Jahre lang von der NSA abgehört", so Fillon. Der ehemalige Premierminister verwies auch auf „chinesische Spionage" und auf die Einmischung der „Türkei, Marokkos und Algeriens, die über religiöse Führer direkt Wahlanweisungen für die französischen Wahlen geben." François Fillon prangerte des Weiteren Heuchelei in der unterschiedlichen Herangehensweise an Russland und China an. China stelle eine wesentliche größere Bedrohung dar, sagte er bei der Anhörung am 2. Mai.

Die Ratingagentur Fitch hat Frankreich aufgrund hoher Staatsverschuldung in ihrer Bewertung herabgestuft. „Die Finanzkennzahlen sind schwächer als bei Mitbewerbern", teilte Fitch mit und setzte Frankreich von der Bewertung AA um eine Stufe auf AA- herab. Es gebe einen möglichen politischen Stillstand im Land und Proteste, die Risiken für die Reformagenda darstellen könnten, so Fitch.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Die Abgeordneten der Fraktion Les Républicains (LR) in der Nationalversammlung haben sich am 3. Mai hinter verschlossenen Türen zu einer Seminartagung getroffen. Nach den Streitigkeiten rund um die Rentenreform, debattieren die Abgeordneten mit Claire Fourcade, Präsidentin der französischen Gesellschaft für Palliativmedizin, und dem ehemaligen Minister Jean Leonetti über das Thema Sterbehilfe. Mit Jonas Haddad, Ko-Vorsitzender des Think Tanks der Stiftung Concorde und dem Wirtschaftswissenschaftler Christian Saint-Etienne wurde über das Thema Zukunft der Arbeit gesprochen.

DIE ZAHL DER WOCHE

Laut einer Studie des Instituts für öffentliche Politik gehören die französischen Abgeordneten zu den 3 % der am bestbezahlten Franzosen. Ihre Entschädigung beläuft sich derzeit auf 7.493 Euro brutto pro Monat. Die Studie, die seit 1914 die Höhe der „realen Entschädigung" der Abgeordneten berechnet, zeigt auf, dass die Vergütung der Abgeordneten im Laufe des 20. Jahrhunderts das 3- bis 5-fache des durchschnittlichen Arbeiterlohns erreicht hat.

Konrad-Adenauer-Stiftung Frankreich
15 bis rue de Marignan, 75008 Paris
T +33 15669-1500
www.kas.de/fr/web/frankreich